

F.Y.I.: Keine Stimmen für Neonazis! (... und andere Menschenfeinde und -feindinnen)

Überlegungen zu einer verantwortungsbewussten Stimmabgabe bei der Kommunalwahl 2014 in Baden-Württemberg

Am 25. Mai 2014 können etwa 7,9 Millionen Menschen in Baden-Württemberg bei der Kommunalwahl ihre Stimme abgeben. Wahlberechtigt sind deutsche Staatsangehörige sowie in Deutschland lebende EU-Bürger_innen. Gewählt werden die Kreisrät_innen in den 35 Landkreisen, die Gemeinderät_innen in 1.101 Städten und Gemeinden sowie die Ortschaftsräte von insgesamt circa 1.640 Ortschaften. In der Region Stuttgart wird außerdem die Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart neu gewählt. Dieses Jahr fällt die Kommunalwahl terminlich mit der Europawahl zusammen. Bei der Europawahl werden die Abgeordneten des europäischen Parlaments gewählt.

Aha. Und nun?

Zur Kommunalwahl in Baden-Württemberg tritt auch die neonazistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) an.

Die NPD wurde 1964 gegründet und ging wesentlich hervor aus der „Deutschen Reichspartei“, die ein Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder und SS-Angehöriger war. Bei der baden-württembergischen Landtagswahl im Jahr 1968 erhielt die NPD erschreckende 9,8% der abgegebenen Stimmen. Im Jahr 1969 verpasste sie dann glücklicherweise mit 4,3% der abgegebenen Stimmen den sicher geglaubten Einzug in den Bundestag.

Zentrales Anliegen der NPD war damals die Verhinderung der Strafverfolgung von NS-Tätern und NS-Täterinnen. So forderte sie beispielsweise, die finanziellen Zuwendungen für die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ zu streichen.

In den 1970er und 1980er Jahren war die NPD unter ihrem Bundesvorsitzendem Martin Mußnug von einem jahrzehntelangen Niedergang und innerparteilichen Richtungskämpfen betroffen. Es kam zu einer Abwanderung von Mitgliedern zur Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) und zur Abspaltung neu-rechter Zirkel und militanter Neonazigruppen, wie z.B. der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Mindestens ein Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“

war für den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 verantwortlich, bei dem mehrere Menschen getötet wurden.

Anfang der 1990er Jahre, unter anderem aufgrund der Verbote der neonazistischen Organisationen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und „Wiking Jugend“, stiegen die Mitgliederzahlen der NPD wieder an. Ab Mitte der 1990er Jahre konzentrierten sich die Parteiaktivitäten unter dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt auf Ostdeutschland, insbesondere Sachsen. Die NPD verfolgte hierbei eine Strategie zwischen Militanz und Bürgerlichkeit; sie wollte einerseits wählbar sein und politischen Einfluss erreichen, und sich andererseits die Unterstützung und Kooperation parteiungebundener Neonazis sichern. Bundesvorsitzender der NPD ist mittlerweile Udo Pastörs, der für die Partei in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag sitzt und vor allem durch seine antisemitischen, völkischen und rassistischen Hetzreden bekannt ist.

Das Parteiprogramm der NPD ist offen rassistisch, antisemitisch, völkisch, antichristlich, antiislamisch und antiamerikanisch. Die NPD bejaht die Diskriminierung von Schwulen, Lesben und Transpersonen, und lehnt die wirtschaftliche, soziale und politische Emanzipation von Frauen ab. Sie fordert einen Einparteienstaat, indem es keine Interessenpluralität geben darf, sowie Arbeitszwang und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Die Partei versucht zudem, sich als "sozial-revolutionär" und "anti-kapitalistisch" zu geben, wobei sie sich selbst als „Sprachrohr“ der einfachen Bürger_innen und einzige „wahre“ Oppositionspartei versteht. Weiterhin verherrlicht sie den nationalsozialistischen Staat und relativiert die nationalsozialistischen Verbrechen.

Das erste Verbotsverfahren gegen die NPD scheiterte an den V-Leuten in der Partei, also an den von den staatlichen Geheimdiensten bezahlten neonazistischen Informanten. Das Bundesverfassungsgericht hielt fest, man könne nicht genau feststellen, welche Äußerungen aus den Reihen der Partei wirklich der NPD zuzurechnen seien, und welche von dem vom Staat bezahlten V-Leuten stammten. Das Verbotsverfahren wurde also wegen rechtsstaatlicher Bedenken, wegen ‚Formfehlern‘ eingestellt. Es wurde nicht inhaltlich überprüft, inwiefern die NPD verfassungs- und grundrechtswidrige Ziele verfolgt.

Am 3. Dezember 2013 reichte der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen erneuten Antrag auf Verbot der NPD nach Artikel 21 des Grundgesetzes ein. Der Antrag stützt sich unter anderem auf ein Gutachten des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, das dem

politischen Programm der NPD weitgehende Identität mit der Ideologie der NSDAP bescheinigt.

Wenn der Parteistatus gefährdet ist und Neonazis die parlamentarische Demokratie ablehnen: warum sind sie dann als Partei organisiert?

Die Organisierung als Partei verstärkt die öffentliche Wahrnehmung und ermöglicht finanzielle Förderung durch den Staat. Die in der NPD organisierten Neonazis können sich außerdem durch den Parteimantel als ernst zu nehmende politische Kraft inszenieren. Die Teilnahme an den Kommunalwahlen ermöglicht ihnen zudem eine Selbstdarstellung als „Kümmerer“ um das Wohlergehen der Bevölkerung. Zudem dienen Parteien der Gewinnung, Förderung und Prägung von politischem Nachwuchs. Das Verhältnis der NPD zu Wahlen ist ein instrumentelles: durch parlamentarische Aktivitäten soll die Demokratie von Innen ausgehöhlt werden.

Und was hat das mit der Kommunalwahl in Baden-Württemberg zu tun?

In Baden-Württemberg verfügt die NPD derzeit über etwa 460 Mitglieder. Landesvorsitzender ist Alexander Neidlein aus Crailsheim, ehemaliger Söldner der kroatischen Armee im Bosnienkrieg.

Weiterhin verfügt die Partei derzeit in Baden-Württemberg über zwei Kreistagsmandate.

Im Landkreis Böblingen wird dieses Mandat wahrgenommen von Janus Nowak. Janus Nowak wurde im Jahr 2002 vom Amtsgericht Reutlingen und im Jahr 2004 vom Amtsgericht Balingen jeweils zu Bewährungsstrafen wegen Wahlfälschung verurteilt. Im November 2010 wurde er zudem durch das Amtsgericht Böblingen wegen Volksverhetzung zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt.

Im Schwarzwald-Baar-Kreis vertritt Jürgen Schützing die NPD im Kreistag. Schützing war von 2006 bis 2013 NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und ist zudem seit 1980 Stadtrat von Villingen-Schwenningen.

Nach eigenem Bekunden der NPD liegt der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten bei den diesjährigen baden-württembergischen Kommunalwahlen im Landkreis Böblingen. Unter

dem Motto "Wir sind Eure Stimme" (ein Slogan, der Bürgernähe und Ansprechbarkeit vermitteln soll) tritt die NPD dort mit 15 Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Kreistag an. Neben Janus Nowak kandidieren für die NPD in diesem Landkreis nun unter anderem Roland Watz, Oscar Fernbacher, Heiko Köhler, Tim Zoller und Klemens Lockfisch. Roland Watz, Heiko Köhler und Klemens Lockfisch traten bereits bei den Kommunalwahlen 2009 für die NPD im Landkreis Böblingen an.

In Mannheim ist es der NPD gelungen, die erforderlichen 250 Unterstützungsunterschriften zu erhalten, um am 25. Mai 2014 zur Gemeinderatswahl anzutreten. ‚Spitzenkandidat‘ ist hier der langjährig aktive Neonazi Christian Hehl. Hehl tritt unter anderem als Veranstalter von Rechtsrock-Konzerten in Erscheinung und ist mehrfach vorbestraft, beispielsweise wegen gefährlicher Körperverletzung.

Nicht nur Neonazis...

Auch die rechtspopulistischen Parteien „Alternative für Deutschland“ (AfD) und „Die Republikaner“ (REP) treten in Baden-Württemberg zur Kommunalwahl an.

Kandidaten und Kandidatinnen der REPs treten in den Wahlkreisen Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und Stuttgart zur Wahl der Regionalversammlung an. Kommunale Mandate besitzen die Republikaner bislang vor allem im baden-württembergischen Frankenland, der Neckar-Enz-Region, dem nördlichen Teil des Landkreises Karlsruhe und der Region Stuttgart, besonders im Landkreis Esslingen. In ihren programmatischen Aussagen zur Kommunalwahl 2014 fordern die REPs „eilige Asylverfahren und konsequente Abschiebung der abgelehnten Asylbewerber.“ Tatsache ist jedoch, dass Asylbewerber_innen hierzulande kaum noch eine Chance auf Asyl erhalten – sie werden also bereits ‚konsequent abgeschoben‘, was zutiefst unsozial und inhuman ist.

Inhaltlich bestehen in einigen Themenfeldern zwischen REPS, AfD und der NPD große Übereinstimmungen. Beispiel AfD und NPD: Beide Parteien fordern Volksabstimmungen (weil sie begriffen haben, dass durch Elemente direkter Demokratie autoritäre Gesetze eingeführt und Minderheiten Rechte entzogen werden können), beide Parteien mobilisieren gegen Einwanderung (indem sie einen angeblich unregelmäßigen massenhaften Zuzug von Menschen behaupten), beide Parteien wenden sich massiv gegen die Europäische Union. Eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung bescheinigt der AfD

„wohlstandschauvinistische, marktradikale wie zum Teil auch nationalistische und kulturalisierende Tendenzen“. Die „bürgerlichen Demokratieverächter“ (Andreas Kemper) der AfD setzen nicht nur auf wirtschaftspolitische Themen, Angehörige der Partei vertreten elitäre, sozialdarwinistische und homophobe Positionen. AfD-Vorstandsmitglied Konrad Adam forderte beispielsweise schon einmal, Arbeitslosen das Wahlrecht abzuerkennen

Und nun?

Sie wollen respektiert werden, in Frieden und Sicherheit mit Ihrer Familie und Ihren Freund_innen leben, und von niemandem vorgeschrieben bekommen, an welche Religion und ob sie glauben, wen sie lieben und wo sie arbeiten und wohnen dürfen? Sie wollen Rechte und Chancen und nicht in Armut leben?

Das wollen andere Menschen ebenso. Vermutlich wollen das alle Menschen.

Bitte unterstützen Sie daher nicht Parteien, die im Kern die Idee gleicher sozialer und politischer Rechte für alle Menschen ablehnen. Bitte wenden Sie sich gegen rassistische, antisemitische, homophobe und sozialdarwinistische Positionen.

Zukünftige Generationen und wir alle, die gerne in einer freundlichen, friedlichen, fairen, pluralen, offenen, menschlichen Gesellschaft leben wollen, werden es Ihnen danken.

Quellen:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. <http://www.kommunalwahl-bw.de/>

Südwest Presse <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Volksverhetzung-NPD-Chef-verurteilt;art4319,730855>

Heinrich-Böll-Stiftung <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>

Wallstreet Online <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/6271105-afd-kritik-buchautor-kemper-wirft-vertretern-alternative-deutschland-demokratiefeindlichkeit>